

Weser-Kurier 26.1.2011

Verkehrsoptimierte Nordvariante angeblich kein Thema mehr

VON FLORIAN CORDES

Delmenhorst. Die neuesten Entwicklungen in Sachen Bundesstraße 212 neu sorgen weiterhin für Wirbel. Besonders für die Interessengemeinschaft (IG) „B212-freies Deich- und Sandhausen“ entwickelt sich das Thema zum Schreckensszenario.

In der vergangenen Woche flatterte IG-Sprecher Uwe Kroll die Nachricht ins Haus, dass die sogenannte Entwicklungssachse vom Bundesministerium für Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung wieder ins Spiel gebracht wurde (wir berichteten). Jetzt der nächste Schock für die IG: Es sieht

nun danach aus, als wenn die von der IG entwickelte Verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN) bei den künftigen Planungen keine Rolle mehr spielt.

„Wir haben dem Bundesministerium mitgeteilt, dass wir alle geeigneten und für uns sinnvollen Varianten der Trassenführung prüfen werden“, sagte Anne Neumann, Pressesprecherin des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Auf Nachfrage, ob die VoN in diesen Planungen auch berücksichtigt wird, antwortete Neumann: „Dem ist nicht so.“ Nach Ansicht des Landes Niedersachsen sei die Südvariante so gut wie durchge-

wunken. Es fehle aber noch die bestmögliche Entlastung für Delmenhorst. Die „Entwicklungssachse“ sei aber seitens des Landes nach wie vor nicht erwünscht.

Kroll nahm die Nachricht zur VoN mit großer Verwunderung auf. „Das kommt für mich sehr überraschend. Vor allem, weil nie begründet worden ist, warum die VoN außen vor bleiben soll“, meinte er. „Außerdem wurde die Linienbestimmung vom Bund bis jetzt noch nicht festgelegt.“ Langsam fragt sich Kroll, nach welchen Kriterien und von wem die B212 neu überhaupt geplant wird. „Aus dem Nichts wurde mit der Verordnung des Bundes etwas ins Rol-

len gebracht“, kritisierte er das Verhalten des Bundesministeriums.

Es ist weiterhin ungeklärt, wer die „Entwicklungssachse“ beim Bundesministerium wieder ins Spiel gebracht hat. Das ist den Verantwortlichen in Hannover ebenfalls ein Rätsel. „Auch bei uns herrschte große Verwunderung, als wir von der Nachricht erfuhren. Wir haben aber keine Idee, wer das Vorhaben in Auftrag gegeben hat“, erklärte Neumann. Man habe bereits Kontakt mit dem Bund aufgenommen und müsse nun auf Antwort warten. Trotz Anfrage erhielt unsere Zeitung ebenfalls keine Stellungnahme vom Bund.